



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Jürgen Baumgärtner, Petra Guttenberger, Josef Zellmeier, Martin Bachhuber, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Marcel Huber, Jochen Kohler, Harald Kühn, Dr. Franz Rieger, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Karl Straub, Walter Taubeneder, Steffen Vogel, Martin Wagle, Georg Winter und **Fraktion (CSU)**

Mehr Wohnungen statt Enteignung

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt klar, dass Enteignungen und Sozialisierungen kein wirksames Mittel zur Entspannung der Wohnungssituation in Ballungsräumen darstellen. Der Landtag begrüßt die klare Haltung der Staatsregierung gegen Enteignung beziehungsweise Sozialisierung und für eine soziale Marktwirtschaft. Enteignungen schaffen keine einzige neue Wohnung. Statt für etwaige Entschädigungen nach Art. 15 Satz 2 in Verbindung mit Art. 14 Abs. 3 Grundgesetz aufzukommen, sollte in den Neubau von Wohnraum investiert werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre Maßnahmen zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum zu intensivieren und voranzutreiben. Die Bayerische Bauordnung soll nicht nur im Hinblick auf die Kosten, sondern insbesondere vollumfänglich auf eine mögliche Deregulierung und Beschleunigung von Baugenehmigungen überprüft werden.

Begründung:

Enteignungen schaffen keinen zusätzlichen Wohnraum, weder in Ballungsräumen noch in ländlichen Regionen. Auch aus Sicht des Steuerzahlers sind Enteignungen abzulehnen, da für Entschädigungszahlungen in den Ballungsräumen letztlich Steuerzahler aus ganz Deutschland aufkommen müssen. Durch die Diskussion über Enteignungen wird die Bereitschaft von privaten Investoren, Wohnraum zu schaffen, sogar reduziert. Das Ziel muss es jedoch sein, möglichst viel Angebot auf dem Wohnungsmarkt zu schaffen. Nur im Zusammenspiel mit allen Akteuren können wir dem Ziel näherkommen, ausreichend angemessen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Zum einen müssen Städte und Gemeinden Bauland aktivieren und für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Zum anderen muss der erfolgreiche Wohnungspakt mit der im Mai 2018 beschlossenen Wohnungsbauoffensive fortgeführt werden.

Zudem ist es wichtig, die Regelungen der Bayerischen Bauordnung an die bestehenden Herausforderungen anzupassen und Möglichkeiten zum schnelleren, einfacheren Wohnungsbau aber auch zu einem Flächengewinn durch Nachverdichtung auszuschöpfen. Die aktuelle von der CSU und den FREIEN WÄHLERN angestoßene Überprüfung und die daran anschließende Änderung der Bauordnung verfolgt den Zweck, die Bauordnung auf weitere Potenziale zur Beschleunigung der Verfahren und Vereinfachung von Anforderungen zu überprüfen.